Statement

von Herrn Prof. Dr. Heinz-Walter Große

Vorstandsvorsitzender von HessenChemie

Herbstpressekonferenz

am 20. September 2017 in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft e.V. in Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 20. September 2017 – 11:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie erstmals als neuer Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes HessenChemie zu unserer heutigen **Herbstpressekonferenz der Chemieverbände Hessen** begrüßen zu dürfen.

Zum Einstieg möchten wir anhand der Daten der amtlichen Statistik eine Bilanz zur wirtschaftlichen Situation des ersten Halbjahres 2017 ziehen. Anschließend werden wir Ihnen einen Überblick zu den Aussichten der hessischen Chemie- und Pharmaindustrie für das aktuelle Jahr geben.

Hierzu berichten wir aus einer Verbandsumfrage, die wir im August bei den Mitgliedsunternehmen, repräsentativ nach Beschäftigten und Branche, durchgeführt haben.

Ich beginne zunächst mit einem kurzen Überblick über die Gesamtsituation für das erste Halbjahr 2017, bevor ich ins Detail gehe:

Zur Konjunkturlage der Gesamtbranche

Bis einschließlich Juni 2017 hat die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen **13,1 Milliarden Euro** umgesetzt. Sie erzielte damit ein leichtes Plus von **0,8 Prozent** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Umsätze konnten sowohl im Inland als auch im Ausland gesteigert werden. Das Inlandsgeschäft wuchs um **1,1 Prozent**. Die Auslandsumsätze konnten um **0,6 Prozent** zulegen.

Die Umsatzsteigerungen sind vorrangig auf einen Anstieg der Erzeugerpreise zurückzuführen. Hier fand im ersten Halbjahr eine deutliche Zunahme von **3,2 Prozent** gegenüber dem Vorjahr statt. Die Produktion hingegen verblieb auf dem Niveau des Vorjahres.

Auch die Beschäftigung konnte wieder leicht zulegen. Laut amtlicher Statistik waren bis einschließlich Juni 2017 durchschnittlich **57.336 Menschen** in der Branche beschäftigt, und damit **0,6 Prozent** mehr als im Vorjahreszeitraum.

Soweit die Daten für unsere Branche insgesamt.

Wir betrachten nun den Bereich der „klassischen“ Chemie und der Pharmasparte getrennt, da letztere in Hessen einen hohen Anteil an der Chemiebranche ausmacht. So liegt bundesweit der Pharmaanteil am Gesamtumsatz der Chemieindustrie bei rund **26 Prozent**, in Hessen beträgt er fast **45 Prozent.**

„Klassische“ Chemie mit Umsatzzuwachs

Der Gesamtumsatz der Chemiesparte lag im ersten Halbjahr bei **7,3 Milliarden Euro**. Er stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um **1,4 Prozent**. Auch hier beruht der Zuwachs ausschließlich auf steigenden Verkaufspreisen, die um **5,1 Prozent** zulegten. Die Produktion hingegen war mit **minus 1,8 Prozent** rückläufig.

Pharmaindustrie auf Vorjahresniveau

Die hessische Pharmaindustrie machte bis einschließlich Juni, bezogen auf den Umsatz, keine Fortschritte. Mit **5,7 Milliarden Euro** blieb der Gesamtumsatz der Sparte gegenüber dem Vorjahreszeitraum de facto unverändert. Produktion und Erzeugerpreise konnten zulegen, allerdings wurde dadurch lediglich das Inlandsgeschäft belebt. Hier stiegen die Umsätze um **3,3 Prozent**.

Die Auslandsumsätze sorgten jedoch für einen Dämpfer und waren **um 1,8 Prozent** rückläufig. Diese gegenläufige Entwicklung sorgte dafür, dass unter dem Strich ein Umsatzwachstum im ersten Halbjahr ausblieb.

Soweit die Ergebnisse auf Basis der amtlichen Statistik.

Nun zu den Einschätzungen aus der aktuellen Konjunkturumfrage des Arbeitgeberverbandes HessenChemie für das laufende Jahr 2017.

Konjunkturerwartungen positiv

Die aktuellen Erwartungen der Unternehmen sind, bezogen auf Produktion und Umsätze, überwiegend positiv. Rund **56 Prozent** der befragten Firmen gehen für dieses Jahr von einer Ausweitung ihrer Produktion aus. Lediglich **6 Prozent** erwarten einen Rückgang.

Entsprechend positiv sind auch die Aussichten für die Umsatzentwicklung. Hier erwarten **57 Prozent** der befragten Unternehmen für das Gesamtjahr 2017 Umsatzzuwächse.
14 Prozent der Unternehmen rechnen mit einem Rückgang ihrer Erlöse.

Erwartungen zu Erträgen gedämpft

Verhaltener allerdings ist das Bild bei der Ertragslage. Hier sehen lediglich **22 Prozent** der Unternehmen in diesem Jahr eine bessere Ertragssituation als 2016. Gleichzeitig gehen **27 Prozent** von einer Verschlechterung ihrer Ertragslage aus.

Als einen maßgeblichen Grund nennen die Unternehmen den wieder spürbaren Anstieg der Kosten für Energie und Rohstoffe, welcher sich nicht vollständig in höheren Verkaufspreisen abbilden lässt.

Laut Umfrage sind für gut **44 Prozent** der Unternehmen die Preise für Rohstoffe im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Nur rund **14 Prozent** der Unternehmen meldeten einen Preisrückgang.

Auch bei den Energiepreisen tendiert die Entwicklung für die Unternehmen nach oben. So gaben **27 Prozent** der Unternehmen an, höhere Energiepreise als im Vorjahr zu zahlen. Sinkende Energiepreise meldeten lediglich **6 Prozent** zurück.

Risiken und mögliche Belastungen

An dieser Stelle möchte ich nun auch auf mögliche Risiken und Belastungsfaktoren eingehen.

Die hessische Chemieindustrie hat, wie gesagt, ihr leichtes Umsatzwachstum im ersten Halbjahr primär durch eine Steigerung ihrer Verkaufspreise erreicht. Sollten die Preise allerdings wieder unter Druck geraten, wird dies auch die Umsätze beeinträchtigen. Denn die Nachfragedynamik bleibt insgesamt weiter verhalten.

Gleichzeitig kämpft die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen mit einem volatilen Auslandsmarkt. So stiegen im ersten Halbjahr 2017 die hessischen Exporte in das europäische Ausland zwar einerseits um **2,7 Prozent**. Das Exportgeschäft nach Asien stagnierte jedoch. Und der Wert der hessischen Ausfuhren auf den amerikanischen Kontinent sank um gut **10 Prozent**. Für eine Branche, die fast **70 Prozent** ihrer Erlöse im Ausland erzielt, bleibt das nicht folgenlos.

Darüber hinaus spiegelt sich, wie dargestellt, die konjunkturelle Belebung nur sehr bedingt in den Erträgen der Unternehmen wider. Die Preissteigerungen gleichen die gestiegenen Roh-

stoff- und Energiekosten nur zum Teil aus. Allein der Kontraktpreis für Rohbenzin (Naphtha), dem wichtigsten Rohstoff der chemischen Industrie, lag im ersten Halbjahr 2017 um fast **33 Prozent** höher als im Vorjahreszeitraum.

Gleichzeitig bleiben die bereits im Frühjahr skizzierten Risiken im internationalen Umfeld bestehen, auch wenn sie sich noch nicht manifestiert haben. Dies betrifft den Ausgang der BREXIT-Verhandlungen ebenso, wie die weiterhin bestehenden Sorgen um einen neuen Protektionismus im Welthandel.

Wir fassen abschließend zusammen:

In der „klassischen“ Chemie hat 2017 ein spürbares Anziehen der Erzeugerpreise im ersten Halbjahr für einen Umsatzzuwachs gesorgt. Auch die Beschäftigung konnte wieder leicht zulegen. Die Produktion war rückläufig.

In der hessischen Pharmaindustrie hingegen wurde das Wachstum auf dem Inlandsmarkt durch die rückläufige Entwicklung im Ausland aufgezehrt, trotz leichter Steigerungen bei Produktion und Erzeugerpreisen.

Für 2017 geht die Mehrheit der Unternehmen aber in Summe davon aus, dass sich der moderate Trend nach oben fortsetzt.

Wir erwarten daher noch eine leichte Steigerung bei der Produktion. In Verbindung mit den bereits spürbar gestiegenen Erzeugerpreisen gehen wir für dieses Jahr von einer Zunahme des Branchenumsatzes in Hessen um **2 Prozent** aus.

Digitalisierung und Industrie 4.0

Bei der Diskussion über Chancen und Herausforderungen für unsere Branche muss an dieser Stelle auch der Veränderungsprozess durch die fortschreitende Digitalisierung angesprochen werden.

Der chemisch-pharmazeutischen Industrie, die stark prozessorientiert ist und lange Entwicklungszyklen aufweist, ist eine fortschreitende Automatisierung oder vernetztes Arbeiten schon lange vertraut. Für unsere Industrie gleicht die Digitalisierung daher eher einer Evolution denn einer Revolution.

Was sich eher noch verstärken wird, ist die digitale Vernetzung, auch über Unternehmensgrenzen hinweg, sei es in der Forschung und Entwicklung, der Produktion oder auch der Logistik.

Unserer Branche bieten sich hier große Chancen. Das immense Potenzial für Innovationen, für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und für eine nachhaltige Steigerung der Produktivität kann uns unterstützen, international konkurrenzfähig zu bleiben.

Auch die Verbände der chemischen Industrie wollen dabei Beiträge zur Bewältigung der Herausforderungen leisten, gemäß ihrer jeweiligen thematischen Schwerpunkte.

So haben der Verband der Chemischen Industrie auf Bundesebene und Deloitte Consulting in einer Studie gemeinsam analysiert, welches grundsätzliche Potenzial Digitalisierung und zirkuläre Wirtschaft für die Entwicklung der Branche besitzen und welche Herausforderungen sie für die Unternehmen mit sich bringen. Die Ergebnisse dieser Studie werden im Rahmen einer Pressekonferenz am **28. September 2017** im VCI in Frankfurt am Main vorgestellt.

Mit Blick auf die Auswirkungen für die Arbeitswelt haben wir als Arbeitgeberverband HessenChemie, gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, hingegen eine empirische Studie zur **„Digitalisierung der Arbeitswelt in der hessi-**

schen chemischen Industrie“ beauftragt, die uns ein Lagebild geben soll.

Hier zeigen erste Ergebnisse: Knapp **90 Prozent** der befragten Unternehmen erachten das Thema als bedeutsam für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Entsprechend beschäftigen sich bereits heute **88 Prozent** unserer Mitgliedsunternehmen mit Themen der Digitalisierung; mehr als ein Drittel tut dies intensiv. Eine ausführliche, öffentliche Vorstellung sämtlicher Ergebnisse wird am **24. Oktober 2017** im Kurhaus Wiesbaden erfolgen. Dort finden die **12. Wiesbadener Gespräche zur Sozialpolitik** statt.

Erwartungen an die Politik

Die soeben angesprochene Wettbewerbsfähigkeit wird jedoch nicht allein durch die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an Märkte und Technologien verbessert. Auch die politischen Rahmenbedingungen müssen stimmen. Ich möchte daher vier Tage vor der Bundestagswahl an dieser Stelle einige für uns wichtige Erwartungen an die Politik formulieren.

Dabei konzentriere ich mich vor allem auf den Bereich der

Tarif- und Sozialpolitik. Die Erwartungen im Zusammenhang mit der **Bildungspolitik** wird Ihnen im Anschluss **Herr Meyer** in einem eigenen Statement vorstellen.

Die vor uns liegenden Aufgaben möchten wir weiterhin gemeinsam mit unserem Sozialpartner und mithilfe innovativer Tarifverträge in Angriff nehmen. Hierzu benötigen wir auch in Zukunft seitens der Politik die nötigen Spielräume, um die Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen gestalten zu können.

Grundsätzlich sollte sich die zukünftige Bundesregierung noch stärker als bisher für die tarifgebundenen Unternehmen einsetzen, auch um die Tarifautonomie im Allgemeinen dauerhaft zu fördern. Denn die Sozialpartner kennen die betriebliche Praxis und können besser als der Gesetzgeber einschätzen, welche Regelungen Wachstum und Beschäftigung fördern.

Beispielhaft sei hier die Modernisierung des **Arbeitszeitrechts** genannt. In einer digitalen Arbeitswelt wünschen sich die Unternehmen, aber auch die Beschäftigten, die Arbeitszeit flexibler einteilen zu können. Hier muss der Gesetzgeber nicht nur über Anpassungen nachdenken. Er muss den Sozialpartnern zusätz-

lich einen eigenen tariflichen Gestaltungsspielraum lassen, der die jeweiligen Interessen angemessen berücksichtigt.

Auch im Bereich **der Sozialpolitik** stehen wir vor großen Herausforderungen. Auf diesem Feld besteht für die zukünftige Bundesregierung die entscheidende Aufgabe, eine ausreichende soziale Absicherung mit einer dauerhaften Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge zu verbinden.

Die Sozialbeiträge müssen weiter **unter 40 Prozent** gehalten werden. Höhere Abgaben erhöhen die Arbeitskosten und gefährden damit weiteres Wachstum und Beschäftigung. Dies wiederum würde die Finanzierungsgrundlage der Sozialversicherung schwächen.

Dies bedeutet konkret, den Beitragssatz zur **gesetzlichen Rentenversicherung** langfristig zu stabilisieren und die im Hinblick auf die Demografie vorausschauend umgesetzten Reformen nicht wieder rückgängig zu machen.

Insofern sprechen wir uns dafür aus, die bis 2030 geltende Rentenformel beizubehalten, und durch eine weitere Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge zu unterstützen.

Im Hinblick auf die **gesetzliche Krankenversicherung** sprechen wir uns gegen eine Rückkehr zur sogenannten „paritätischen Finanzierung“ aus. Schon durch die einseitige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall leisten die Arbeitgeber einen deutlichen höheren Beitrag als die Arbeitnehmer. Allein 2015 waren dies **54 Milliarden Euro**, das entspricht 4,6 Beitragspunkten.

Der kassenindividuelle Zusatzbeitrag für die Versicherten ist, auch als preisliches Unterscheidungsmerkmal, ein zentrales Instrument für den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.

Die soeben angesprochen Themen stellen selbstverständlich keine abschließende Aufstellung unserer Erwartungen dar. Im Gegenteil: Die Liste der anstehenden Aufgaben ist lang.

Dazu gehört eine steuerliche Forschungsförderung zur Stärkung von Innovationen. Um auch zukünftig die Versorgung der Patienten mit hochwertigen Therapien zu sichern, sollten das weiter bestehende Preismoratorium und die Zwangsrabatte für die Gesundheitsindustrie regelmäßig überprüft werden. Und schließlich gehört auch eine bezahlbare und stabile Energieversorgung weiterhin zu den notwendigen Standortbedingungen.

Zusammengefasst bedeutet dies: Wir benötigen Rahmenbedingungen, die der Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit dienen, denn letztendlich bildet nur sie die Basis für zukünftiges Wachstum und dauerhaften Wohlstand. Wir appellieren deshalb abschließend an die kommende Bundesregierung, diese Tatsache in ihrem politischen Handeln klar zum Ausdruck zu bringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!